



Open Access Repository
www.ssoar.info

Südkoreas Innenpolitik 1999/2000: Schwerpunkte und Tendenzen

Pohl, Manfred

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pohl, M. (2000). Südkoreas Innenpolitik 1999/2000: Schwerpunkte und Tendenzen. *Korea - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 23-43. <https://doi.org/10.11588/kjb.2000.0.2528>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:16-kjb-25288>

Südkoreas Innenpolitik 1999/2000: Schwerpunkte und Tendenzen

Manfred Pohl

1 Verfassungsreform vertagt

In Gesprächen zwischen den Koalitionsparteien wurde Mitte 1999 einmal mehr das Problem der Einführung eines parlamentarischen Kabinettsystems erörtert. Anlässlich der Präsidentenwahlen 1997 waren Kim Dae-jungs National Congress for New Politics (NCNP) und sein Partner, die United Liberal Democrats (ULD), übereingekommen, bis Juli 1999 die Machtkompetenzen des Staatspräsidenten zu beschneiden und die politischen Verantwortlichkeiten einem Ministerpräsidenten und seinem Kabinett zu übergeben, während der Präsident im Wesentlichen repräsentative Aufgaben übernehmen würde; diese Vereinbarung war Grundlage des gemeinsamen Wahlkampfes um die Präsidentschaft für Kim. Kim Dae-jung und Kim Jong-pil waren sich anlässlich des Gesprächs einig, dass der verschärfte Gegensatz zwischen Regierung und Opposition im Parlament sowie die anstehenden Entwicklungen zwischen Nord- und Südkorea eine planmäßige Veränderung des Regierungssystems nicht zuließen. Überdies hatte damals bereits die Regierungskoalition im Parlament nicht die nötige Mehrheit, um Verfassungsänderungen durchzusetzen. Im Verlauf der Gespräche um die Verfassungsänderung kam es zu scharfen Kontroversen zwischen Kim und seinem Koalitionspartner, es ging um eine „Fusion“ des NCNP mit den ULD und die Gründung einer gemeinsamen neuen Partei, dabei hatte es phasenweise den Anschein, als wolle der Ministerpräsident (ULD) schon im Juli zurücktreten (*Mainichi Shinbun*, 21.7.1999). Der NCNP hatte den Plan einer Fusion mit den ULD ins Spiel gebracht, um die Wählerbasis zu verbreitern und im Parlament einen größeren Stimmenblock zu bilden.

Der Showdown kam im August, als die Frist zur Einführung eines parlamentarischen Kabinettsystems ablief. Kim Jong-pil („JP“) stand vor der Entscheidung, sich entweder der Forderung Kim Dae-jungs („DJ“) zu beugen und die Verfassungsreform zu vertagen oder den Konflikt zu suchen. Die Ausgangslage war für den Präsidenten günstig, denn die Wirtschaftsdaten hatten in zentralen Bereichen wieder das Niveau vor der Krise erreicht, er konnte somit Erfolge vorweisen. JP hatte im Falle einer Konfliktsituation nur die Möglichkeit die Koalition zu sprengen, eine solche Haltung aber hätte für die ULD eine ungünstige Ausgangslage bei den kommenden Wahlen geschaffen. Es ging JP offensichtlich nicht in erster Linie aus prinzipiellen Erwägungen um die Verfassungsreform, sondern wohl vor allem um eine größere Teilhabe an der Macht: DJ hätte einen Kompromiss mit den ULD schließen und JP größere Machtbefugnisse einräumen können – ohne die Verfassung zu ändern. Der Präsident agierte aus einer sicheren Situation. Es war seit dem Bündnis zwischen NCNP und ULD klar, dass Kim Dae-jung das parlamentarische Kabinettsystem

ablehnte, hätte es doch für ihn oder einen handverlesenen Nachfolger einen Machtverzicht bedeutet. Er konnte gelassen abwarten. Die ULD und Kim Jong-pil dagegen standen vor schier unüberwindlichen Hürden bei einer Verfassungsänderung: Diese musste mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament beschlossen werden und in einem Referendum durch die Bevölkerung bestätigt werden. Ein Bündnis mit der oppositionellen Grand National Party (GNP) für eine Verfassungsänderung war nicht vorstellbar, und die Wähler standen einem ungewohnten Kabinettsystem misstrauisch bis ablehnend gegenüber. So war es wahrscheinlich, dass die ULD für eine größere Beteiligung an der Macht optieren würden; ein NCNP-Politiker drückte den angestrebten Kompromiss so aus: „DJ herrscht, JP regiert“ (*Newsreview*, 17.7.1999, S.4).

2 Tektonik in Parteienlandschaft und Politik

Das Problem, eine neue Partei zu gründen, trieb Kim Dae-jung auch weiterhin um; das alte Erbübel koreanischer Politik, immer neue Parteien zu gründen oder zu fusionieren, haftete auch dem NCNP an. Im Juli 1999 gab Kim Dae-jung bekannt, dass er spätestens im September seiner Partei einen neuen Namen geben bzw. eine ganz neue Partei gründen wolle, um auch Wähler in anderen Provinzen als nur in seiner Heimat Cholla anzusprechen, wie er sagte; der NCNP sollte das Image einer Regionalpartei verlieren. Eine Kabinettsumbildung sollte darüber hinaus das Misstrauen der Wähler in die Präsidentschaft Kim Dae-jungs beseitigen, allzu viele Finanzskandale hatten das Ansehen der Regierung Kim Jong-pil gründlich ruiniert: Für die Parlamentswahlen im Frühjahr 2000 strebte der NCNP ein „frisches“ Image an, das es auch Politikern der (bisherigen) Opposition attraktiv erscheinen lassen sollte, dieser neuen Partei beizutreten (*Yomiuri Shinbun*, 24.7.1999).

2.1 Vorbereitungen und Gründung einer neuen Partei

Am 30. August gab das Zentralkomitee des NCNP bekannt, dass im Januar 2000 aus der bisherigen Organisation (der NCNP hatte stets versucht, den Anschein zu vermeiden, eine „Partei“ im traditionellen Sinne zu sein) eine neue Partei zu bilden. Neue politische Persönlichkeiten und neue Unterstützerschichten sollten so angesprochen werden: Der Mittelstand, soziale Unterschichten bzw. bisher politisch desinteressierte Schichten waren die Zielpartner. Auch hoffte Präsident Kim, dass mit Gründung einer neuen Partei, die sog. „Politik der drei Kims“ überdeckt werden könnte. Die drei Kims waren bis dahin Kim Dae-jung (Präsident), Kim Jong-pil (Präsident der ULD) und Kim Young-sam, der frühere Staatspräsident – alle drei mehr oder minder schwer politisch belastet. Kim Dae-jung hoffte weiter, dass er mit einer „neuen“ Partei eine solide Parlamentsmehrheit erkämpfen und – darauf gestützt – grundlegende politische Reformen durchsetzen könne (z.B. eine Änderung der Wahlkreiseinteilung) (*Asahi Shinbun*, 31.8.1999).

Die ersten Anzeichen grundlegender Umstrukturierungen im NCNP wurden schon im Juli sichtbar: An die Spitze der Partei trat Lee Man-sup, früher Parlamentssprecher; sein Vorgänger war nach einem Konflikt mit Ministerpräsident Kim Jong-pil, dem Chef des Koalitionspartners ULD, zurückgetreten. Auch in andere Führungspositionen des NCNP berief Kim Dae-jung „Loyalisten“. So wurde der frühere Fraktionschef des NCNP, Han Hwa-gap, Generalsekretär der Partei; der ehemalige Leibwächter Kims aus der Oppositionszeit, Kim Ok-doo, wurde Sekretär des Parteichefs (diese Position hatte bisher DJ inne). Lee Man-sup ist ein Politiker mit bunter Vergangenheit: Er begann seine Karriere noch unter Park Chung-hee, war die Nummer 2 in Kim Young-sams New Korea Party; diese verließ er 1997 und schloss sich Rhee In-je an, der bei den Präsidentschaftswahlen gegen Lee Hoi-chang kandidierte. Beide traten nach den Wahlen in den NCNP ein. Ein weiterer gewichtiger Grund für Lees Nominierung dürfte die Tatsache gewesen sein, dass er aus Taegu (Kyongsang) stammt, wo bisher der NCNP keinen Rückhalt hatte. Beobachter gingen aber davon aus, dass Lee nur ein Interimsparteichef sein würde (*Newsreview*, 17.7.1999, S.10). Als erster Schritt in Richtung einer neuen Partei sollte die „unabhängige“ Gründung einer solchen Organisation erfolgen, der dann, in der zweiten Phase, die Fusion mit den ULD folgen würde. Die Fusion schien bis Dezember eine beschlossene Sache, aber plötzlich dementierte Kim Jong-pil heftig alle Pläne einer solchen Fusion (Yonhap, engl., 8.12.1999, in: SWB, 9.12.1999).

Offensichtlich hatten die zwei Kims am 20. Juli provisorisch eine grundsätzliche Einigung zur gemeinsamen Gründung einer neuen Partei erzielt; ihr sollten neben NCNP und ULD auch Politiker der Opposition und Dissidentengruppen angehören (*Newsreview*, 24.7.1999, S.5). Die Fusion war Mitte Dezember endgültig vom Tisch: DJ und JP kamen überein, den Fusionsplan beiseite zu legen (*Korea Times*, 23.12.1999; Yonhap, engl., 20.12.1999, in: SWB, 21.1.2.1999). Der entscheidende Schritt wurde auf einer Vollversammlung der Mitglieder des Zentralausschusses (ZA) des NCNP am 30. August 1999 im Chamsil-Olympia-Stadion von Seoul getan, wo 1.500 ZK-Mitglieder die Auflösung des NCNP und die Gründung einer neuen Partei beschlossen; anwesend war auch der Vorsitzende der ULD, Park Tae-joon. In einem Grußwort an die Delegierten gab Kim Dae-jung die drei großen Ziele der noch namenlosen Partei vor: Reform der Wirtschaftsstruktur durch Entflechtung der *chaeból*, Kampf gegen die Korruption und Überwindung regionaler Antipathien. Die Anwesenden verabschiedeten eine Resolution, nach der sich die neue Partei verpflichten sollte, für die Interessen der mittleren und unteren Gesellschaftsschichten einzutreten; Menschenrechte und soziale Wohlfahrt sollten erste Priorität erhalten, den Übergang in die Informationsgesellschaft wollte die neue Partei leiten und die Grenzen zwischen Regionen und Generationen überwinden. Kim bezeichnete die neue politische Organisation als „nationale Reformpartei“. Aber natürlich hatte Präsident Kim auch die Parlamentswahlen im Blick, die im April 2000 stattfinden mussten; die neue Partei sollte seiner Gefolgschaft eine breitere Wählerbasis verschaffen (*Asahi Shinbun*, 31.8.1999; *Newsreview*, 4.12.1999, S.8).

Inzwischen machte sich unter altgedienten Kadern des NCNP Besorgnis breit: Mehr als die Hälfte der damals 105 NCNP-Abgeordneten sollten bei den kommen-

den Wahlen von der neuen Partei nicht wieder aufgestellt werden. Diese partei-interne Unruhe sowie die Versuche, neue Mitglieder aus Kreisen außerhalb der Partei zu werben, machten es nötig, die offizielle Parteigründung auf den Januar 2000 zu verschieben (*Newsreview*, 4.9.1999, S.5). Die Lösung war ein Kompromiss, der vor allem auch finanzielle Erwägungen einbezog: Der NCNP sollte auf dem Parteitag am 20. Januar 2000 nicht *aufgelöst* werden, sondern *umorganisiert* werden; eine neu zu gründende Partei würde dann vom NCNP *absorbiert*, und gemeinsam würde dann eine neue Partei entstehen. Hätte sich der NCNP aufgelöst, wären der Partei wahrscheinlich staatliche Subventionen in Höhe von ca. 2,28 Mrd. Won entgangen. Auch hätte die Gründung einer neuen Partei eine umständliche Registrierung der ca. 1,2 Millionen Mitglieder in die neue Partei bedeutet (*Korea Times/Internet*, 14.12.1999).

Anfang Januar 2000 benutzte Präsident Kim erstmals den Namen der neuen Partei, zu der der NCNP umgestaltet werden sollte: Millennium Democratic Party (MDP). Anlass war ein Statement des Präsidenten über die Einigung mit den ULD, die Einerwahlkreise beizubehalten und keine Mehrwahlkreise einzuführen, wie die ULD es anstrebten (Yonhap, engl., 3.1.2000, in: FBIS, 3.1.2000). Am 20. Januar wurde dann auf einem Gründungsparteitag die neue Partei ausgerufen und ersetzte damit den alten NCNP. Parteichef wurde auf Vorschlag von Präsident Kim Dae-jung (damals noch Führer des NCNP) So Yong-hun (Suh Young-hoon). So hat eine lange Karriere als Diplomat und Medienmann hinter sich: Er war Chefunterhändler Südkoreas bei Gesprächen zwischen den beiden Rot-Kreuz-Komitees aus Nord- und Südkorea, später wurde er Präsident des staatlichen Korean Broadcasting System (KBS); daneben war er auch Vorsitzender des Antikorruptionsausschusses des Nationalen Rechnungshofes (Board of Audit and Inspection) (Xinhua, 15.1.2000). So Yong-hun trat der neuen Partei erst kurz vor seiner Berufung als Präsident bei; zuvor war er Vorsitzender des Committee for Rebuilding Korea. Kurz vor dem Gründungsparteitag der MDP beschloss der Zentralausschuss des NCNP, als politische Organisation geschlossen dieser neuen Partei beizutreten; die MDP sollte die „historische Legitimation, die Rechte und Verpflichtungen“ des NCNP aufgreifen und in konkrete Politik umsetzen (Yonhap, engl., 17.1.2000, in: SWB, 18.1.2000). Mit großem Pathos umriss So Yong-hun seine Ziele für die MDP: In den bevorstehenden Parlamentswahlen sollte Fairness vor Siegeswillen rangieren; die MDP wolle das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik zurück gewinnen. In der Partei wollte So Yong-hun die Vorstellungen Präsident Kim Dae-jungs umsetzen, ihm aber auch kritisch gegenüber treten. Ziele der neuen Partei, die ihre Führungsstruktur nicht vor den Wahlen festlegen wollte, waren Globalisierung der Wirtschaft, Einführung einer Informationsgesellschaft in Korea, fortschrittliche Ausbildung, gesunde Sozialstrukturen und größere Beteiligung der Frauen an gesellschaftlichen Aufgaben (Yonhap, engl., 16.1.2000, in: SWB, 18.1.2000).

2.2 Kim Young-sam meldet sich zurück

Die unbefristete Aussetzung der Verfassungsreform zur Schaffung eines Kabinettsystems, in dem der Regierungschef vom Parlament gewählt wird, rief auch einen Politiker wieder auf den Plan, der so gut wie vergessen war: Kim Young-sam, DJs Vorgänger im Amt des Staatspräsidenten. Er sah im Aufschub der Reformen offenbar eine ideale Möglichkeit, sich erneut politisch zu profilieren, und attackierte den Präsidenten heftig. Kim Young-sam warf seinem Nachfolger Bruch nicht nur der Absprache mit den ULD vor, sondern auch seines Versprechens gegenüber dem koreanischen Volk; in der scharfen Verlautbarung nannte Kim den gegenwärtigen Präsidenten einen „Diktator“. Parallel zu seinen öffentlichen Auftritten reaktivierte Kim auch seinen bekannten „politischen Wanderclub“ (Minju Mountaineering Club – MMC Pusan), der schon früher Basis seiner Wahlkämpfe war (*Newsreview*, 7.8.1999, S.7). Kim Young-sams öffentliche Attacken wurden von den meisten Beobachtern als Versuch gewertet, sich wieder einen Platz im politischen Geschäft zu verschaffen. Die jüngste Wirtschaftskrise wurde aber von der Mehrheit der Bevölkerung Kim Young-sam ganz persönlich angelastet, große Chancen konnte er sich also nicht erhoffen. Aber in seiner Heimatregion, Pusan und Süd-Kyongsang, verfügte er noch über beträchtlichen Einfluss. Deshalb reagierten die großen Parteien anfangs auch nicht öffentlich auf seine Angriffe, denn die Politiker aus Kim Young-sams Heimatregion sind heute im NCNP und zu erheblichen Teilen in der GNP verteilt. Gerade die regionalen Antipathien, eine schwere Last aus der koreanischen Tradition und damit Belastung für die politische Kultur, hätte durch ein Comeback Kim Young-sams erneut angeheizt werden können. Außerparlamentarische Oppositionsgruppen übernahmen die Aufgabe der großen Parteien und kritisierten Kim massiv: Er habe seine moralische Pflicht als Expräsident vergessen und leugne seine Verantwortung für die wirtschaftliche Misere seiner Amtszeit, zudem schüre der „Politiker von gestern“ die regionalen Gegensätze (*Newsreview*, 31.7.1999, S.7).

Noch ein anderer Politiker reagierte erbittert auf Kim Young-sams Vorstöße: GNP-Chef Lee Hoi-chang, der sich Hoffnungen auf die Präsidentschaft bei den nächsten Wahlen zum Staatspräsidenten macht. Er hat noch eine alte Rechnung mit seinem früheren Mentor offen, denn er wirft Mitarbeitern Kims vor, Spendengelder veruntreut zu haben, die 1997 für Lees Wahlkampf gesammelt worden waren. Lee hatte seinen Wahlkampf auf dem Slogan „gegen die 3-Kim-Herrschaft“ aufgebaut, d.h. gegen Kim Young-sam, Kim Dae-jung und Kim Jong-pil, die er schon 1997 als „Politiker von gestern“ bezeichnete, im Juli 1999 erneuerte er diese Kampagne. Der Grund lag auf der Hand: Kim Young-sams Vorgehen musste Lees Führung in der GNP schwächen, denn Kim hatte bis zu seinem Rückzug aus dem aktiven politischen Leben im Februar 1998 die Partei geführt. Lee sah wohl zu Recht in Kims Vorgehen eine Schwächung der GNP insgesamt, die nur Präsident Kim Dae-jung nutzen konnte. Auch Lee persönlich traf ein schwerer Schlag: Mitarbeiter seiner Präsidentschaftskampagne hatten ca. 1 Milliarde Won illegaler Spenden beiseite geschafft; Lees jüngerer Bruder war Anfang 1999 verhaftet worden, weil er mit Steuerbehörden kollaboriert hatte, um Geschäftsleute zu Spenden für Lee zu zwin-

gen. Am 12. Juli wurde der Schatzmeister der GNP, Kim Tae-won festgenommen; er soll die Nationale Steuerbehörde genutzt haben, um politische Spenden von Unternehmen zu erzwingen, mit denen Lees Wahlkampf 1997 finanziert worden war, eben jene Mittel, die teilweise veruntreut wurden (*Newsreview*, 7.8.1999, S.7; *Far Eastern Economic Review/FEER*, 12.8.1999, S.24).

Lee Hoi-chang musste zwangsläufig zu einem Gegenangriff ansetzen: Das Ende der Herrschaft der „3 Kims“ sollte jetzt sein Ziel sein; dabei unterstellte er Kim Dae-jung – wohl nicht zu Unrecht –, dass er indirekt seine Herrschaft, d.h. die des NCNP, verlängern wollte. Kim Dae-jung sollte sich bei der Bevölkerung für den Bruch seines Versprechens entschuldigen, bis Juli 1999 ein Kabinettsystem einzuführen, Regierungschef Kim Jong-pil sollte zurücktreten. Präsident Kim sollte auch seinen NCNP verlassen, um als Staatsoberhaupt über den Parteiinteressen zu stehen. Lee selbst war ein kompromissloser Verfechter des Präsidialsystems, er wollte sich mit der GNP allen Versuchen widersetzen, die Verfassung zu ändern. Wie auch Kim, so versuchte Lee durch Umbesetzungen in der Parteiführung der GNP seinen Zugriff auf die Partei zu sichern, aber das konnte durchaus zu Verärgerung bei Politikern führen, die nicht unmittelbar an der innerparteilichen Macht beteiligt wurden (*Newsreview*, 14.8.1999, S.8).

Kim Young-sams offener Angriff auf Kim Dae-jung mag für den Expräsidenten ein positives Ergebnis gebracht haben: Die beiden Kims kamen im Vorfeld des Gipfeltreffens zwischen Nord- und Südkorea überein, sich zu regelmäßigen Konsultationen zu treffen, ein erstes Zweiertreffen fand im Mai 2000 statt. Die Vereinbarung musste nicht zwangsläufig bedeuten, dass die langjährigen Spannungen zwischen den beiden Politikern, die noch auf ihre Rivalität in der Opposition zurückgeht, abgebaut waren, der Präsident war zweifellos von Kim Young-sams Angriffen getroffen worden. Aber er wollte sich offenbar auch die Erfahrungen seines Vorgängers im Umgang mit nordkoreanischen Politikern sichern, denn immerhin hatte Kim Young-sam während seiner Amtszeit die Kontakte in den Norden so weit ausgebaut, dass 1994 nur der plötzliche Tod Kim Il-sungs ein Treffen zwischen den beiden Präsidenten aus Nord und Süd verhinderte. Daneben kann ein umgängliches Verhältnis zwischen den beiden Kim die innenpolitische Lage stabilisieren, denn Kim Young-sam verfügt noch immer über beträchtlichen Einfluss im südöstlichen Teil Koreas (*Korea Now*, 20.5.2000, S.6).

2.3 Kabinettsumbildungen: Taktische Schachzüge oder Signale für neue Politik?

Im Dezember 1999 gab Kim Jong-pil bekannt, dass er seinen Posten als Ministerpräsident niederlegen wolle, um sich bei den ULD ganz auf den kommenden Wahlkampf zu konzentrieren, er trat im Januar 2000 zurück. Als seinen Nachfolger berief Präsident Kim wieder einen Politiker seines ehemaligen Partners in der Koalition, den ULD-Chef Park Tae-joon (Yonhap, engl., 11.1.2000, in: SWB, 12.1.2000). Darüber hinaus wechselte Kim sieben Minister und zwei Spitzenbeamte im Ministerrat aus. Der Sprecher des Blauen Hauses (Präsidentenpalast) erklärte die Kabi-

nettsumbildung mit dem Wunsch des Präsidenten, im neuen Millennium „reformorientierte Spezialisten“ mit der Regierungsverantwortung zu betrauen. In seiner Antrittsrede bekräftigte Ministerpräsident Park, dass er die Reformarbeit der Vorgängerregierung, d.h. Umbau der *chaebôl*, Liberalisierung des Finanzsektors, Umstrukturierung des öffentlichen Sektors usw., fortsetzen wolle. Als vordringliche Aufgabe aber nannte Park die Durchführung von „sauberen Parlamentswahlen“ im April, sie seien ein „Lackmus-Test für die Demokratie des 21. Jahrhunderts“ (*Korea Now*, 29.1.2000, S.7). Die Regierung Kim Jong-pil war durch das sog. „Furgate“ in die Kritik geraten: Verschiedene Ministergattinnen, darunter die Ehefrauen des Generalstaatsanwaltes und des Vereinigungsministers, standen unter Verdacht, teure Designerkleidung als Geschenke von der Ehefrau eines inhaftierten Geschäftsmannes angenommen zu haben; ein ehemaliger Justizminister wurde verhaftet, weil er angeblich die geheimen Regierungsberichte über die Verwicklung seiner Frau in den Skandal gefälscht hatte (*Asian Wall Street Journal*, 20.12.1999). Dieser und andere Skandale hatten die Zustimmungsrate für die gegenwärtigen Parlamentspolitiker auf einen Tiefpunkt sinken lassen. Eine Umfrage des NCNP zeigte, dass von 47 Abgeordneten aus Seoul nur 10 über einer 40%igen Zustimmungsrage lagen (nötig für die Wiederwahl), die meisten junge Abgeordnete (Yonhap, engl., 20.12.1999, in: SWB, 21.12.1999).

Südkoreas Politik hat Gesetzmäßigkeiten entwickelt, die zu seltsamen Konstellationen führen: Obwohl die Millennium Democratic Party seit Februar 2000 in heftiger Fehde mit den ULD lag und der kleine Partner schließlich einseitig die Trennung vom Partner beschloss, verblieb Park Tae-joon im Amt des Ministerpräsidenten. Hinter diesem Schachzug des Präsidenten stand die Absicht, Park als Verbindungsmann zu nutzen, sollten die ULD nach den Parlamentswahlen wieder eine Annäherung an die MDP suchen. Allerdings konnte Park nicht lange im Amt bleiben, ein Steuerskandal zwang ihn im Mai zum Rücktritt. Er hatte zwischen 1988 und 1993 unter Decknamen und mit Hilfe von Mittelsmännern Besitz in Millionenhöhe erworben und nicht versteuert. Damals war dieses Vorgehen legal, inzwischen wurde es unter Strafe gestellt; dennoch wurde Parks Rücktritt aus „moralischen“ Gründen gefordert (Yonhap, engl. 20.5.2000, in: SWB, 21.5.2000). Kim Dae-jung blieb bei seiner Taktik und ernannte wiederum einen Spitzenpolitiker der ULD zum Regierungschef: Nachfolger Parks wurde Lee Han-dong, auch er Chef der ULD (d.h. Nachfolger Parks, als dieser Ministerpräsident wurde). So kann Präsident Kim wiederum mit einer Koalition regieren, die im Parlament über mehr Sitze verfügt als die oppositionelle GNP. Gelingt es Kim, noch einen weiteren unabhängigen Abgeordneten zur MDP hinüber zu ziehen, verfügt die Koalition über die absolute Mehrheit des Hauses, das würde dem Präsidenten erlauben, unbehindert mit seinem Reformprogramm fortzufahren.

Der Präsident hatte sich bei der Ernennung Lees einem Vorschlag des Ehrenvorsitzenden der ULD, Kim Jong-pil (früher Regierungschef), angeschlossen, den er eigens aufgesucht hatte, um über eine Aussöhnung zwischen beiden Parteien zu sprechen, mehrere Anläufe des Präsidenten zu neuer Partnerschaft waren von Kim Jong-pil und den ULD brüsk abgelehnt worden. Kim Dae-jung hatte in dem Ge-

sprach darauf hingewiesen, dass MDP und ULD bei den Wählern im Wort stünden, die Koalitionsregierung zum Erfolg zu führen, indem die Reformvorhaben umgesetzt werden. Der Ehrenvorsitzende sah den Präsidenten in einer Zwangslage, die er für die Interessen der ULD auszunutzen hoffte: Kims MDP hatte nach den Parlamentswahlen deutlich weniger Sitze als die GNP (115 bzw. 133) und war erneut auf ein Bündnis mit den ULD angewiesen (*Korea Now*, 3.6.2000, S.7). Die Opposition zeigte sich empört über dieses neue Bündnis zwischen MDP und ULD; Lee Hoi-chang nannte es eine „künstliche Umgestaltung der politischen Landkarte“, Bürgerinitiativen sprachen von einem „politischen Deal“ und bezeichneten Lee Han-dong für den zweitwichtigsten politischen Posten des Landes als ungeeignet (*FEER*, 1.6.2000, S.15). Er repräsentiert die alte politische Garde: Als Vertrauter des ehemaligen Diktators Park Chung-hee wurde Lee 1968 Gründungspräsident des Stahlriesen Pohang, 1993 musste er wegen Steuerhinterziehung von diesem Posten zurücktreten. Der Ministerpräsident Lee Han-dong begann seine politische Karriere 1981 in der Democratic Justice Party (heute aufgelöst), dann war er prominenter Politiker der GNP, die er im Januar 2000 verließ, um den ULD beizutreten. Grund für den Parteiwechsel war eine ausgeprägte Rivalität mit Lee Hoi-chang: Lee Han-dong war 1997 unterlegen, als es um die Kandidatur der ULD für die Präsidentenwahlen ging, Sieger war Lee Hoi-chang, den die ULD nominierten. Eine weitere Niederlage erlitt Lee Han-dong 1998 bei den Wahlen zum Parteivorsitz, auch hier siegte Lee Hoi-chang (*Korea Now*, 3.6.2000, S.7; *Süddeutsche Zeitung*, 20./21., 23.5.2000).

3 Versuche politischer Reformen

Schon im Mai 1999 hatte ein Sonderausschuss für politische Reformen den ersten Entwurf vorgelegt, der auf Drängen Präsident Kim Dae-jungs wesentliche Defizite im politischen System Südkoreas beseitigen sollte. Auf der Grundlage dieses Entwurfs sollten später Gespräche mit der Opposition geführt werden, ohne deren Kooperation Reformen nicht möglich waren. In erster Linie sollten die Kosten für politische Arbeit und in Wahlkämpfen deutlich gesenkt werden (s.u. Wahlen). Zentrale Reformvorschläge waren: Reduzierung der Zahl von Sitzen im Parlament von 299 auf 270, Einführung von Mehrwahlkreisen (mehrere Mandate je Wahlkreis, 1996 gab es Einerwahlkreise), gedacht war an drei Mandate je Wahlkreis, in einigen Stimmbezirken sollten auch vier Mandate vergeben werden. Hinzu sollten Maßnahmen zur Stärkung der proportionalen Repräsentanz im Parlament kommen: 90 der 270 Sitze sollten über Parteilisten vergeben werden, 1996 waren es nur 46 Mandate. Die Reformvorschläge zielten auch auf die Auflösung von Bezirksorganisationen der Parteien, die als besonders kostspielig galten und die Ausgaben für politische Arbeit in die Höhe trieben; an die Stelle der Bezirksorganisationen sollten Verbindungsbüros mit weniger als drei Mitarbeitern treten. Die Zahl von Mitarbeitern in den zentralen Parteiverwaltungen sollte ebenfalls auf 150 begrenzt werden, allein der NCNP beschäftigte 1999 in seiner Zentrale 236 hauptamtliche Mitarbeiter

(die britische Labour Party beschäftigt nur 100 feste Mitarbeiter; *Newsreview*, 3.7.1999, S.7).

Die Opposition stand den Reformvorschlägen ablehnend gegenüber, sie vermutete (vielleicht nicht ganz zu Unrecht) dahinter einen Versuch des NCNP, die Zahl der eigenen Mandate zu erhöhen. Auf der zahlenmäßigen Basis der Regional- und Kommunalwahlen von 1998 errechneten Beobachter bei Einführung des neuen Wahlsystems 106 Sitze für den NCNP, 39 für den Koalitionspartner ULD und nur 102 für die GNP, der Rest ginge an Kleinparteien und Unabhängige. Widerstand gegen die Pläne gab es auch aus dem Regierungslager; viele ULD-Politiker befürchteten, dass ihre Wiederwahl in Mehrwahlkreisen gefährdet sein könnte. Kritiker aus der Politikwissenschaft und sogar aus der Zentralen Wahlkommission sahen vordringlichen Handlungsbedarf in gänzlich anderer Richtung: Sie forderten größere Transparenz bei politischen Entscheidungsprozessen, z.B. bei der Kandidatenaufstellung, vor allem aber warfen sie den koreanischen Wählern vor, sie erwarteten finanzielle Gegenleistungen für ihre Stimmen (ebd., S.7).

4 Die Parlamentswahlen 2000

4.1 Vorspiele im Parlament

Es gehört zu den Gepflogenheiten der Parteien in der Vorwahlkampfzeit, über Aktionen im Parlament die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die jeweils eigenen politischen Ziele durch möglichst spektakuläre Aktionen zu lenken. Im November 1999 boten die Beratungen des Haushalts 2000 eine solche Bühne: Die oppositionelle GNP boykottierte die Haushaltsberatungen wegen angeblicher Verschleppungen und Vertuschungen in einer Reihe von Skandalen durch die Regierungsparteien NCNP und ULD; es ging vor allem um angebliche Versuche, einen prominenten Unternehmer zu decken und die Presse mundtot zu machen. Mühsame Gespräche zwischen Regierungsparteien und Opposition sollten dazu dienen, den Boykott der GNP in den Haushaltsberatungen zu beenden. NCNP und ULD wollten die GNP dazu zwingen, wieder an den Beratungen teilzunehmen; ihre Drohung: Beschluss des Haushalts ohne Beteiligung der GNP. Die Zeit drängte, denn bis zum 2. Dezember mussten die Beratungen abgeschlossen sein (Yonhap, 15.11.1999, in: FBIS, 14.11.1999). Die GNP hatte reichlich Material, um die Regierung wegen Korruptionsverdachts anzugreifen: „Furgate“ und der sog. Boutiquen-Skandal belasteten führende Regierungspolitiker. Auf Beschluss des Parlaments war ein Sonderermittler eingesetzt worden, der untersuchen sollte, ob Politiker und Beamte in der Regierungsspitze sich durch Vorteilsnahme schuldig gemacht hatten. Ausgangspunkt war offenbar der Versuch der Gattin des Präsidenten der Shindongah-Gruppe, durch finanzierte Einkäufe in der Boutique La Sposa für die Gattin des Generalstaatsanwaltes eine Verhaftung ihres Mannes zu verhindern, der wegen Devisenvergehens unter Anklage stand; verwickelt war auch die Ehefrau eines früheren Vereinigungsministers. Der Sonderermittler übergab seine Ergebnisse der Generalstaatsanwaltschaft am 8. Dezember (Yonhap, engl. 8.12.1999, in: FBIS, 7.12.1999).

Die Verwicklungen gingen weiter: Ein ehemaliger Sekretär des Präsidenten für Rechtsangelegenheiten wurde beschuldigt, den Polizeibericht über die Boutique-Affäre an einen ehemaligen Justizminister weiter geleitet zu haben. Der wiederum versuchte, seine Frau zu decken, die im Verdacht stand, einen kostbaren Pelz von der Frau des Shindongah-Präsidenten angenommen zu haben („Furgate“), um in den Besitz des Berichts zu kommen; dabei veränderte der frühere Justizminister den Polizeibericht, um seine Frau freizustellen. Er wurde am 4. Dezember verhaftet (*Korea Times*/Internet, 9.12.1999). Die ganze Skandalgeschichte beleuchtet in bedrückender Weise die Interessenvernetzung zwischen Regierung, Justiz und Unternehmen. Wäre die GNP aus der Vergangenheit weniger belastet, könnten Beobachter ihren Parlamentsboykott sogar rechtfertigen, weil sie damit zur Aufklärung beigetragen hätte. Aber die GNP ist natürlich genau so in Skandale verwickelt, wie alle anderen politischen Parteien in Korea. Wichtig an der ganzen Affäre war die Tatsache, dass erstmals ein unabhängiger Sonderermittler eingesetzt wurde, der Licht in die Sache bringen sollte – die Justiz könnte sich auf diesem Wege endlich von der politischen Bevormundung frei machen (*Korea Times*/Internet, 3.11.1999). Die GNP wollte im Parlament durchsetzen, dass der Sonderermittler zu einer ständigen rechtlichen Instanz werden sollte, aber es stand zu befürchten, dass dieser Eifer nur vorüber gehend sein würde (*Korea Times*/Internet, 18.11.1999).

4.2 Der Wahlkampf

Die anstehenden Parlamentswahlen waren für alle Parteien von ausschlaggebender Bedeutung, konnten die Ergebnisse doch die politische Landschaft nachhaltig verändern. Vor allem aber stand für Präsident Kim Dae-jung viel auf dem Spiel. Es waren die ersten Parlamentswahlen unter seiner Präsidentschaft, und der Wahlausgang musste weit reichende Folgen für die Stabilität der Herrschaft in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit haben. Folglich begann der Wahlkampf auch lange vor dem gesetzlich festgelegten Termin (14 Tage vor dem Wahltag, bzw. erst ab der offiziellen Registrierung am 28./29.3.). Hoffnungsvolle Bewerber veranstalten Parties für ausgewählte Meinungsmultiplikatoren, Telefonaktionen werben für einzelne Kandidaten, und die „Stimmenmakler“ (s.u.) beginnen bereits mit ihrer Arbeit, alles selbstverständlich ungesetzlich. Lokale Parteiorganisationen organisieren Bustouren, einzelne Kandidaten bewirten Lokalgrößen üppig, und auch die Zentralregierung unterstützt ihre Kandidaten mit werbewirksamen politischen Maßnahmen; so verkündete die Regierungskoalition Umschuldungen in Höhe von 28 Trillionen Won für Bauern und Fischer, das Bau- und Verkehrsministerium veröffentlichte einen Plan, nach dem bis 2011 24 neue Satellitenstädte gebaut werden sollen (Yonhap, engl., 13.12.1999, in: SWB, 13.12.1999).

Das Präsidialsystem in Südkorea gibt dem Staatsoberhaupt autoritäre Gewalt, es lässt nur über Parlamentswahlen während seiner Amtszeit Kritik am Präsidenten zu – durch ein Votum gegen seine Partei. Das musste Kim Dae-jung bei diesen Wahlen befürchten, denn die Stimmung in der Bevölkerung war gegen ihn. Regierungsskandale, die Lasten für die Bevölkerung aus den Maßnahmen des IMF – ungeachtet

der Tatsache, dass Kim mit ihrer Hilfe Südkorea aus der Krise geführt hatte – die deutliche Bevorzugung von Politikern aus den Cholla-Provinzen und schließlich die Einschätzung, die Regierung „DJ“ sei auch nicht anders als ihre Vorgänger, trübten die Aussichten für Kim Dae-jung (*Gendai Koria*, Nr.398, Jan./Febr. 2000, S.2-3). Auch unter Kim grassiert der Regionalismus bei der Vergabe von Posten; wenige Wochen vor den Wahlen griff deswegen ein ehemaliger Diplomat den Präsidenten an: Lee Chang-choon, ehemaliger Botschafter in Singapur, Manila und Wien kritisierte Kim Dae-jung scharf für seine Personalpolitik in den Ministerien, besonders im Außenministerium. In den 24 Monaten seiner Amtszeit hat Kim drei Außenminister ernannt und entlassen, eine Rotation, die unmittelbar die Umbesetzung oder Neubesetzung von 50 weiteren hohen Beamtenposten im Ministerium zur Folge hatte. Botschafter verblieben nur ca. 18 Monate auf ihren Posten, die Botschafter in den Philippinen und in Griechenland wurden bereits nach einem Jahr wieder abberufen. Vor allem aber bevorzugt Kim noch immer eindeutig Persönlichkeiten aus seiner Heimat Cholla, wie Kritiker sagen. Außenminister Lee Joung Binn aus Cholla wurde angeblich nur nominiert, weil sein Vorgänger sich weigerte, weitere Besetzungen von hochrangigen Posten mit Beamten aus Cholla vorzunehmen (*FEER*, 24.2.2000, S.23). Die GNP heizte das Thema Regionalismus bewusst noch an und warf dem Präsidenten vor, er habe von 10 Ministerposten 5 mit Landsleuten aus Cholla besetzt (Justiz- und Innenminister, erster Sekretär des Präsidenten, Generaldirektor der Nationalen Steuerbehörde und Chef der Nationalen Polizeibehörde), von 28 Spitzenbeamten auf Regierungsebene kämen 10 aus Cholla, ebenso 6 der Chefs von 12 Banken. Von 146 Generälen, die unter der Regierung Kim befördert wurden, stammen 31,5% aus Cholla, laut GNP; die MDP antwortete nicht direkt auf diese Vorwürfe (*Korea Times*/Internet, 3., 7.3.2000).

Der Regierung standen im Wahlkampf andere, vielleicht wirksamere Mittel zur Verfügung: Die Staatsanwaltschaft untersuchte intensiv, welche Kandidaten (oder deren Söhne) sich der Wehrpflicht entzogen hatten. das musste besonders den GNP-Chef Lee Hoi-chang treffen, der bei den Präsidentschaftswahlen 1997 nicht zuletzt auch unterlegen war, weil es hieß, zwei seiner Söhne hätten sich unter Vorspiegelung von körperlicher Schwäche um den Wehrdienst gedrückt. Auch Kim Young-sams Sohn soll mit ähnlichen Schachzügen den Wehrdienst umgangen haben. Kim und Lee reagierten auf diese „Beleidigungen“ mit größter Schärfe; YS nannte Kim Dae-jung einen „Diktator, der der Bevölkerung Lügen auftische“, er müsse zurücktreten, verlangte YS (*Korea Times*, 24.3.2000).

Auch mit der Presse hatte Kim Dae-jung Probleme: Angegriffen durch einen Kommentar in der *Dong-A Ilbo*, reagierte er heftig und setzte die Medien mit den Oppositionsinteressen gleich: Beide wollten angeblich die Reformen blockieren. Auch die umfangreiche Berichterstattung über das sog. „Furgate“ kritisierte der Präsident. In der Vergangenheit waren Südkoreas Medien stets gegenüber der Regierung zahm, wenn sie auch DJ und YS immer wieder als Oppositionspolitiker in Schutz nahmen. Heute berichten und kommentieren besonders Tageszeitungen aggressiver – und das bekommen der Präsident und seine Regierung zu spüren. Spitzenpolitiker, auch aus dem Blauen Haus, versuchen immer wieder, gegen die Me-

dienberichterstattung mit Hilfe des Nationalen Presserates vorzugehen. Dabei sind sie durchaus nicht selten im Recht, denn Südkoreas Medien überschreiten gern die Grenze zwischen sauberer Recherche und bloßen Unterstellungen (Yonhap, engl., 20.12., in: SWB, 20.12.1999). Übrigens ist die Presse auch sehr eng in die Politik verwickelt, zumindest lassen Gerüchte darauf schließen: Im Dezember wurde der Geheimdienstchef entlassen, weil er off-the-record (!) gesagt hatte, der Präsident habe 1997 vom früheren Herausgeber der *Joongang Ilbo* Geld erhalten (*International Herald Tribune/IHT*, 24./26.12.1999).

Die soziale Schere zwischen reichen Schichten und Menschen am Rande (oder unterhalb) des Existenzminimums öffnete sich weiter; die Finanzprobleme der Großunternehmen sind ungelöst (allein die Daewoo-Gruppe sitzt auf Schulden in Höhe von umgerechnet 87 Mrd. US\$), und viele Arbeitnehmer können von ihrem Einkommen nicht leben (*Economist*, 15.1.2000, S.64). Bürgerliche Freiheitsrechte sind auch unter Kim Dae-jung nicht ausreichend geschützt: Telefone werden weiter angezapft, jetzt aber lesen die Sicherheitsbehörden auch noch die E-Mails von Privatpersonen mit. In der ersten Hälfte 1999 wurden 2.902 Telefone abgehört und bei 616.444 Anschlüssen die gewählten Nummern überprüft. Polizei und andere Sicherheitsorgane können bei 150 Arten von Straftaten bis zu 36 Stunden ohne richterlichen Beschluss abhören (*Economist*, 23.10.1999, S.84). GNP-Chef Lee Hoi-chang nutzte ein Interview mit der *Korea Times*, um Präsident Kim wegen der angeblichen Abhörpraktiken der Regierung scharf anzugreifen: Er bezeichne sich als Präsident mit Achtung vor den Menschenrechten, tatsächlich aber traue sich inzwischen kein Oppositionspolitiker mehr, offen am Telefon zu sprechen (*Korea Times/Internet*, 1.11.1999).

Dann kam Präsident Kims Überraschungscoup: Die Ankündigung, er werde vom 12. bis 14. Juni mit Nordkoreas Machthaber Kim Jong-il zusammentreffen. Sofort spekulierten Oppositionsparteien und Medien, die Terminierung sei zwischen Seoul und Pjöngjang abgesprochen, um maximale Wahlkampfhilfe für Kims MDP zu geben. Die beiden gegnerischen Parteien Kims, ULD und GNP, waren anfangs schockiert, machten wenig später aber die Nordkoreapolitik des Präsidenten zu einem erbittert umkämpften Wahlthema. Lee Hoi-chang warf dem Präsidenten vor, er stärke mit seinen Spenden von Reis und Düngemitteln nur das nordkoreanische Militär (ein Argument, das sicher bei vielen älteren Wählern verfinke). Auch Kim Jong-pil unterstrich diese Sorge und verwies darauf, dass schon Kim Young-sam riesige Hilfslieferungen in den Norden geschickt habe und keine Reaktionen bekam (*Korea Times/Internet*, 14.3.2000; *Financial Times/Internet*, 12.4.2000). Die MDP verwies auf die „Berliner Erklärung“ Kim Dae-jungs und focht für die „Sonnenscheinpolitik“ des Präsidenten. Die Reformen sollten fortgesetzt werden, und bis 2003 gab die MDP an, zwei Millionen neue Jobs zu schaffen. Die GNP wollte dagegen einen Parlamentsausschuss einsetzen, um die „wahllose“ Hilfe für den Norden einzudämmen; gleiches forderten auch die ULD und die Splitterpartei DPP, die ULD wollten darüber hinaus noch eigene Mittelstreckenraketen entwickeln. In ihrem wirtschaftspolitischen Forderungskatalog verlangte die GNP eine

Beendigung der staatlichen Kontrolle über den Finanzsektor und einen Abbau der Staatsverschuldung (*Korea Herald*/Internet, 15.3.2000).

Ende Dezember konnte Präsident Kim noch einen weiteren, kleineren Coup verkünden: Als Geste „der großen nationalen Einheit“ zum Millennium wurde eine Million Straftäter amnestiert. Vor allem „Benachteiligte“ und Häftlinge, die als „Gewissenstäter“ galten, aber auch Kleinkriminelle sollten freikommen. Häftlinge, die wegen Vergehens gegen die Arbeitsgesetze (illegale Streiks) oder gegen das Sicherheitsgesetz einsaßen, befanden sich ebenfalls unter den Amnestierten. Die prominentesten Freigelassenen waren zwei nordkoreanische Spione, die 1980 und 1985 verhaftet und verurteilt worden waren. Die meisten Amnestierten aber waren Bürger, die wegen kleinerer und größerer Wirtschaftsvergehen (Scheckfälschung, Zahlungsverzug, Betrug u.ä.) verurteilt waren, aber nicht einsaßen. Sie durften jetzt wieder Bankkonten eröffnen und normale Geschäftsabschlüsse tätigen; diese Gruppe meinte der Präsident, wenn er von „Benachteiligten“ sprach, denn er betrachtete sie im Wesentlichen als Opfer der Wirtschaftskrise. Unter die Amnestie sollten auch Bauunternehmer fallen, die wegen Preisabsprachen oder anderer Wirtschaftsvergehen nicht mehr arbeiten durften, sie sollten wieder am Wirtschaftsleben teilnehmen können. Mit dieser Aktion zielte Kim Dae-jung auf die etwa eine Million Tagelöhner am Bau, die bei einer Krise zuerst gefeuert und als letzte wieder eingestellt wurden. Alle Amnestierten und ihre Familienangehörigen waren größtenteils Wähler (*Korea Times*/Internet, 29.12.1999; *IHT*, 30.12.1999).

Im August 1998 gab es 10 politische Parteien in Südkorea, die nach Maßgabe der Verfassung als solche definiert waren. Von ihnen hatte nur vier Sitze im nationalen Parlament: die Große Nationalpartei (Grand National Party – GNP), der Nationale Kongress für neue Politik (National Congress for New Politics – NCNP), die Vereinigten Liberalen (United Liberal Democrats – ULD) und die Neue Partei für das Volk (New Party by the People – NPP). Der NCNP hatte in den Wahlen 2000 mit der Erinnerung an die Niederlage von 1996 zu kämpfen, als alle Hoffnungen auf einen triumphalen Sieg zunichte wurden: Damals erreichte der NCNP nur 79 von 299 Sitzen; dagegen errangen die New Korea Party 139 Mandate, die ULD 50, die DLP (Demokratisch-Liberale Partei) 15, die übrigen Mandate gingen an Unabhängige. Die Opposition hatte fest damit gerechnet, in Seoul und in Kyonggi-do eine sichere Mehrheit zu erreichen, konnte aber dort nur 40 Mandate erobern, die NKP sicherte sich 54 von 95 Sitzen (Korea Information Service Internet, 12.4.2000). In Seoul und der umliegenden Region wurde der Anteil an „nicht parteigebundenen“ Wählern als besonders hoch eingeschätzt, nach Umfragen ca. 50%; dieser Trend machte besonders der MDP zu schaffen, die dort Gewinne für die Opposition befürchten musste (mit Recht, wie sich zeigte) (*Gendai Koria*, Nr. 398, Jan./Feb. 2000, S.3).

4.3 Wahlkampfkosten

Wie auch in vorangegangenen Parlamentswahlen mussten Kandidaten gewaltige Finanzmittel aufbringen, um sich Wahlchancen zu sichern. Im Juli 1999 hatte zwar

die Zentrale Wahlkommission die Wahlkampfausgaben nach oben auf 75 Mio. Won bis maximal 130 Mio. Won (ca. 236.000 DM) begrenzt, aber dieser Betrag war aus Sicht der Parteien und Wahlkämpfer illusorisch niedrig. Ein Abgeordneter der oppositionellen GNP gab an, er habe 1996 sein gesamtes Vermögen, 2,8 Mrd. Won, aufgewendet, um einen Sitz zu erlangen – sein Herausforderer hatte ihn zu solchen enormen Ausgaben gezwungen, weil er ebenfalls gewaltige Summen einsetzte. Auch die Zentrale Wahlkommission selbst machte sich keine Illusionen über den Realitätsbezug der Wahlkampfkostenbegrenzung, sie handelte nur nach dem Buchstaben des Gesetzes. Kein Kandidat konnte auch in diesen Wahlen auf kostspielige Wahlkampforganisationen – formelle und vor allem informelle – und großzügige Geschenke an Meinungsmacher verzichten. Für 2000 wurde damit gerechnet, dass Kandidaten im Schnitt 1 Milliarde Won (1,8 Mio. DM) für Wahlwerbung, Geschenke und echten Stimmenkauf aufwenden mussten (*Economist*, 12.2.2000, S.61).

Hier kommen die „Stimmenmakler“ ins Bild, die gegen Honorar Neulingen und Unabhängigen Stimmen versprechen. Obwohl auf Stimmenkauf und -verkauf Geldstrafen bis zu 5 Millionen Won und 3 Jahre Haft stehen, kamen auch 2000 die Stimmenmakler ins große Geschäft. Sie versprechen Kandidaten stimmenträchtige Kontakte zu sozialen Organisationen (Wanderclubs, Ehemaligenorganisationen von Universitäten, Frauengruppen etc.), dabei sagen sie „Stimmenbündel“ solcher Organisationen zu. Es gibt aber auch Stimmenmakler, die zu schlichter Erpressung greifen und mit „Enthüllungen“ drohen, um an Geld zu gelangen. Andere Stimmenmakler wollen Zusagen über Sitze in Regionalparlamenten oder staatliche Gelder für ihre privaten Projekte; schließlich treten diese Mittelsmänner nicht selten als „Unternehmen“ auf, die nach Wahlen stets sofort verschwinden. Immer aber müssen hoffnungsvolle Kandidaten die Meinungsführer in ihrem Wahlkreis um jeden Preis (buchstäblich) beeinflussen, und die Hilfe von Maklern kann dabei nützlich sein. Diese können in den rechtlichen Grauzonen der koreanischen Geschenkkultur Stimmungen und Wahlentscheidungen bei der Kandidatenaufstellung beeinflussen, wo es der Kandidat selbst nicht könnte. Kritiker – meist selbst Opfer solcher Stimmenmakler – geben die Schuld an der Rolle dieser Makler dem geltenden Wahlrecht, das einseitig langjährige Wahlkreisabgeordnete gegen Herausforderer begünstigt: So können schon früher gewählte Politiker, die wieder antreten, Versammlungen abhalten und „über ihre Parlamentsarbeit berichten“ – vergleichbare Veranstaltungen sind Neubewerbern untersagt. Auch dürfen Mandatsträger jährlich bis zu 300 Mio. Won an Spenden sammeln, in einem Wahljahr sogar 600 Mio. Won. Dagegen dürfen Neulinge erst nach ihrer Nominierung durch eine Partei, Unabhängige erst nach ihrer Registrierung bei der Zentralen Wahlkommission (also wenige Wochen vor der Wahl) Wahlkampfmittel einwerben; so sind Neulinge und Unabhängige häufig den Stimmenmaklern ausgeliefert (*Korea Herald*/Internet, 13.3.2000). Stimmenkauf ist ein Übel, das auch bei diesen Wahlen bei Kandidaten aller Parteien zu finden war; dabei beteiligen sich alle Parteien eifrig daran, die jeweils andere zu beschuldigen. Bis Ende Februar lagen 232 Anzeigen wegen Stimmenkaufs bei der Zentralen Wahlkommission vor (*Korea Times*/Internet, 15.3.2000).

Die Buchhaltungen der großen Parteien machen keinen Hehl daraus, dass sie gegenüber der Zentralen Wahlkommission nicht die tatsächlichen Wahlkampfausgaben offen legen. Die Einnahmen der Parteien fließen nur zu einem sehr geringen Teil aus Mitgliedsbeiträgen, die weitaus meisten Mittel sind Spenden aus der Wirtschaft oder von vermögenden Einzelpersonen – sie alle rechnen natürlich auf spätere „Verzinsung“ ihrer Spenden in Form von Vorteilen. Der NCNP nahm z.B. 1998 insgesamt 93,8 Mrd. Won ein, davon stammten nur 12% aus Mitgliedsbeiträgen, für die ULD und die GNP waren es weniger als 10% (*Newsreview*, 3.7.1999, S.6). Die strafrechtlichen Konsequenzen bei Verstößen gegen das Wahlgesetz sind eindeutig: Jeder Abgeordnete, der zu einer Geldbuße von mehr als einer Million Won verurteilt wird, verliert sein Mandat. Von den 18 Parlamentariern, die in der vergangenen Legislaturperiode wegen Vergehen gegen das Wahlgesetz angeklagt wurden, verloren nur sieben ihr Mandat, weil sie zu Geldbußen von mehr als einer Million Won rechtskräftig verurteilt worden waren. Die übrigen 11 Beschuldigten erhielten Strafen von ca. 800.000 Won; alle Strafen wurden von Berufungsgerichten verhängt, die nachgeordneten Gerichte hatten jeweils auf über eine Million Won erkannt. Es liegt der Verdacht nahe, dass hier politisch beeinflusste Urteile gefällt wurden (*Korea Times/Internet*, 22.3.2000).

Die Kandidatenaufstellung aller Parteien zeugte von der Hartnäckigkeit überkommener Verfahren, vor allem der „Herrschaft der Bosse“ in den Parteien. Schon auf den ersten Blick zeigte sich, dass die drei großen Parteien (einmal die ULD eingeschlossen) sich kaum an die Warnungen der Bürgerinitiativen gehalten hatten, keine aus Skandalen belasteten Kandidaten aufzustellen. Viele der altgedienten Politiker, die von den Watchdog Groups vor allem über das Internet als belastet eingestuft worden waren, fanden sich auf den Listen wieder. Andererseits konnten sich auch reformorientierte Kandidaten in ihren Parteien durchsetzen, der Nominierungsprozess durchbrach in manchen Parteien die überkommenen Faktionsstrukturen. Ein Grundsatz koreanischer Parteipolitik wurde jedoch auch in diesen Wahlen nicht aufgehoben: Noch immer entscheiden politische Bosse in ihren Parteien über die Kandidatenaufstellung und somit über das politische Schicksal ihrer Gefolgsleute. Dabei werden immer wieder die Ratschläge und Personalvorstellungen von Faktionsführern und erfahrenen Politikern der Parteien ignoriert: Die Bosse vergeben Kandidaturen wie Pfründe. MDP, ULD und GNP zeigten bei der Kandidatenaufstellung Verfahren, die sich an dem Willen ihrer Bosse Kim Dae-jung, Kim Jong-pil und Lee Hoi-chang orientierten und nicht offen, transparent und nach einem fairen Auswahlverfahren abliefen („Political ‘Bossism’ Persists in Candidate Nomination Process“, *Joongang Ilbo*, in: *Korea Focus* 8, 2, March/April 2000, S.143-146). Dabei hätten die Bosse eigentlich gewarnt sein müssen, denn nach einer Umfrage der *Munhwa Ilbo* vom Oktober waren 47,5% der Wähler entschlossen, nicht für altgediente Parlamentarier zu stimmen; andererseits waren die Umfrageergebnisse auch grob irreführend, denn danach hätte die größte Regierungspartei 30,2% der Stimmen bekommen müssen, die GNP nur 18,2%. Das große Bild der Umfrage aber wurde in den Wahlen bestätigt: Enttäuschung und Wut über die politische Klasse (zit. in: *Korea Times/Internet*, 1.11.1999). Besonders der NCNP war

beunruhigt: Auch der NCNP-Führung lagen Umfrageergebnisse vor, nach denen die Partei besonders in der Hauptstadtregion in der Popularität deutlich abgesackt war: von 40% Zustimmung auf nur noch 20%. Skandale und der Streit mit den Medien wurden für diese Entwicklung verantwortlich gemacht (*Korea Times*/Internet, 5.12.1999).

Noch im Februar hatte das Parlament eine Wahlrechtsreform beschlossen: Statt 299 Mandaten umfasst das Parlament jetzt 273 Sitze, davon 227 in Einerwahlkreisen gewählt, 46 nach dem Verhältniswahlrecht über Parteilisten (*Korea Now*, 12.2.2000, S.10-11). Insgesamt mehr als 33 Millionen Wähler waren aufgerufen, unter 1.000 Kandidaten ihre Wahl zu treffen. Umfragen zeigten kurz vor der Wahl die GNP in 107 von 227 Wahlkreisen vorn, die (neue) Millennium Democratic Party führte danach in 97 Stimmbezirken. Es wurde erwartet, dass die GNP 61 der 65 Sitze in ihrer Hochburg, den Kyongsang-Provinzen im Südosten, gewinnen würde, die Cholla-Provinzen im Südwesten galten als sicheres Rennen für die MDP Kim Dae-jungs. Aber die Wahl sollte in Seoul bzw. Inchon und in der umliegenden Provinz Kyonggi entschieden werden. Beobachter gingen jedoch davon aus, dass keine Partei die notwendigen 137 Sitze erobern würde, die zur Kontrolle des Parlaments nötig waren (*Financial Times*/Internet, 12.4.2000).

4.4 Bürgerinitiativen und Internet

Zu Beginn des Wahljahres zeigte sich ein Phänomen in den Wahlkämpfen, das es in früheren Wahlen nie gegeben hatte: Bürgerinitiativen machten sich daran, schwarze Listen von Kandidaten aufzustellen, die als „korrupt, belastet und inkompetent“ eingeschätzt wurden; die Listen wurden in das Internet gestellt und die Parteien aufgefordert, diese Politiker nicht als Kandidaten aufzustellen. Führend in dieser Bürgerbewegung war wiederum die sog. „386-Generation“. So stellte die Citizen Coalition for Economic Justice (CCEJ) am 10. Januar eine Liste mit 164 Namen von Politikern auf, die von den Parteien für die Wahlen im April nicht nominiert werden sollten. Eine zweite Organisation, die Citizen Alliance for the 2000 General Election (CAGE), in der sich über 460 Nichtregierungsorganisationen zusammengeschlossen hatten, veröffentlichte eine Liste mit 66 Namen „unqualifizierter“ Altpolitiker, die von den Wahlen ausgeschlossen werden sollten. Die CAGE warnte dabei offen, dass sie gegen diese Politiker kämpfen würde, wenn sie als Kandidaten antreten sollten.

Die Bürgerorganisationen maßen die abqualifizierten Politiker nach anhängigen Steuerverfahren, Vorstrafen und Verwicklungen in Korruptionsaffären, nach ineffizienter parlamentarischer Arbeit, sie identifizierten harte Reformgegner und Politiker, die sich dem Militärdienst entzogen hatten. Hinzu kam die Frage nach Verwicklungen in die früheren Diktaturen, Verurteilungen wegen Verstoßes gegen das Wahlrecht (Stimmenkauf) sowie Menschenrechtsverletzungen durch Anwendung der Sicherheitsgesetze. Untersucht wurden 329 frühere und aktive Parlamentarier – Politikerinnen waren nicht darunter. Präsident Kim Dae-jung lobte die Aktionen als beispielhafte direkte Demokratie, obwohl auch eine Reihe von MDP-Politikern auf

den Listen standen. Die schwarzen Listen schlugen in politischen Kreisen wie eine Bombe ein, standen doch viele politische Schwergewichte der Regierungsparteien und der Opposition darauf. So etwa Kim Jong-pil von den ULD, Parlamentssprecher Park Jyun-kyu und Chung Mong-joon, Vizepräsident des Fußball-Weltverbandes FIFA. Die Bürgerinitiativen drängten Kim Jong-pil, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen, was für die (stille) Koalition aus MDP und ULD fatale Folgen haben könnte. Der Fußballfunktionär Chung kam auf die schwarze Liste, weil er den meisten Parlamentssitzungen ferngeblieben war. Die lange Liste umfasste von der MDP den Vizesprecher des Parlaments und einige enge Vertraute von Präsident Kim Dae-jung. Insgesamt 16 Namen von Politikern der MDP, ebenfalls 16 von den ULD und 30 von der GNP fanden sich auf den Listen; hinzu kamen u.a. auch zwei Generalstaatsanwälte: Der eine hatte 1992 regionale Antipathien angeheizt, dem anderen wurde vorgeworfen, er habe sich geweigert, Anklage gegen die Teilnehmer am Putsch von 1979 zu erheben.

Die politische Klasse war zweifellos schwer angeschlagen und suchte, sich zur Wehr zu setzen. Ihr Hauptargument war Artikel 87 des Wahlgesetzes, der es Bürgergruppen verwehrt, für oder gegen eine Seite in Wahlen Partei zu ergreifen, Ausnahmen bilden nur Gewerkschaften (*Korea Now*, 29.1.2000, S.8-9; *FEER*, 17.2.2000, S.20-21). Besonders die ULD sahen in den Aktionen der Gruppen eine Verschwörung zwischen MDP und linken Kräften; die GNP bewertete die Aufstellung der Namen als unfair und forderte die Behörden auf, gegen die Bürgergruppen vorzugehen. Die Zentrale Wahlkommission kündigte auch unverzüglich an, Straßenaktionen der Gruppen genau zu beobachten und strafrechtlich gegen sie vorzugehen, wenn sie Gesetze brechen; so durften sie z.B. keine Lautsprecher bei Demonstrationen benutzen (*Economist*, 8.4.2000, S.68). Die Gruppen hingegen betrachteten die Aktionen als ihr verfassungsmäßiges Recht und wichen auf eine Kommunikationsform aus, mit der die Regierung nicht gerechnet hatte: das Internet. 70% der ca. 10 Millionen Internet-Nutzer in Südkorea sind unter 30 Jahre alt (*FEER*, 17.2.2000, S.21). Sie stellen zugleich die große Gruppe von Kritikern an der herkömmlichen korrupten politischen Praxis im Lande.

Indirekt trugen die schwarzen Listen zum Bruch zwischen MDP und ULD im Februar bei: Kim Jong-pil, vielleicht der prominenteste Name auf der Liste, warf Präsident Kim vor, er unterstütze heimlich die Kampagne der Bürgergruppen und wolle die Chancen der ULD in den kommenden Wahlen beschädigen. Nach Kim Jong-ils Vorstellungen sollten die ULD ihre Angriffe auf die MDP und die Bürgerinitiativen verschärfen, dann wollte man die Koalition verlassen und eine „große konservative Union“ anstreben (*Korea Now*, 12.2.2000, S.12-13). Überhaupt ignorierten die ULD weitgehend die Forderungen der Bürgerbewegung (sehr zu ihrem Nachteil, wie die Ergebnisse später zeigten) und wertete sie als Versuch, die ULD zu vernichten. Dagegen griffen MDP und GNP zumindest teilweise die Forderungen der Bürgerbewegungen auf und strichen einige belastete Kandidaten von ihren offiziellen Bewerberlisten (*Gendai Korja*, Nr.398, Jan./Feb. 2000, S.2-3).

Die Bürgerbewegungen machten es andererseits den konservativen Kräften, besonders den ULD, leicht, die schwarzen Listen zu ignorieren, da immer mehr Orga-

nisationen ihre eigenen Listen vorlegten und Verwirrung eintrat. In der Hochburg Kim Jong-pils hatten die Angriffe der Bewegungen eher eine gegenteilige Wirkung: Die Wähler schienen sich hinter Kim Jong-pil zusammenzuscharen (*Economist*, 12.2.2000, S.61).

4.5 Chancen für Frauen und die „386-Generation“?

Die Wahlen wurden von zwei neuen Phänomenen geprägt: von einer überraschend aktiven Rolle der Frauen und – vielleicht damit zusammenhängend – von einer neuen enormen Bedeutung des Internet für den Wahlkampf und die politische Diskussion im Allgemeinen. Alle großen Parteien suchten mit Internet-Angeboten die Generation der Altersgruppe 18-27 Jahre zu umwerben. Diese sog. „N-Generation“ (Net-G.) stellte die Mehrheit in mehreren Bürgerinitiativen, die per Internet schwarze Listen von korrupten Politikern verbreiteten (s.o.), die man tunlichst nicht wählen sollte. Die meist jungen „Netizens“ dürften für viele gescheiterte Politiker in den Wahlen verantwortlich gewesen sein (*FEER*, 20.4.2000, S.46). Die verbreitete Nutzung des Internet zeigte sich, als die Zentrale Wahlkommission die Berichte über Steueraufkommen und Militärdienst von 1.040 Kandidaten ins Netz stellte – die Webpage war ständig überbelegt (*Korea Times*/Internet, 30.3.2000).

Im Februar 2000 wurde das Parteiengesetz novelliert, danach sind in Zukunft 30% der Listenplätze, die proportional vergeben werden, Frauen vorbehalten. In den Wahlen von 1996 wurden neun Frauen gewählt (3% der 299 Sitze), zwei von ihnen errangen ihre Mandate in Einerwahlkreisen, die übrigen sieben über Listenmandate; zwei weitere Abgeordnete kamen später durch Nachwahlen hinzu, so dass Anfang 2000 elf Frauen im Parlament saßen. Eine Zeitung in Seoul hat 1999 eine Rangliste der 20 besten Abgeordneten aufgestellt (*Joongang Ilbo*), unter ihnen waren drei Frauen (*Korea Now*, 12.2.2000, S.11). Die MDP trug den Forderungen nach einem höheren Frauenanteil Rechnung, indem sie 14 Frauen auf die Parteiliste nominierte, von ihnen besetzten sechs Kandidatinnen Plätze auf den ersten 20 Rängen (*Korea Times*, 28.3.2000).

Trotz der Herrschaft der Bosse in den Parteien wurde in diesen Wahlen die Kandidatenaufstellung so aufmerksam beobachtet wie nie zuvor; Bürgerinitiativen stellten Listen von Bewerbern auf, die nicht „qualifiziert“ waren, weil sie sich in der Vergangenheit politischer Vergehen schuldig gemacht hatten. So hatte in allen Parteien eine neue Generation von Kandidaten eine Chance, aufgestellt zu werden. Sie werden als „386-Generation“ bezeichnet, also jene Politiker, die heute in den 30er Jahren sind, die als Studenten führend in den Demokratiebewegungen der 80er Jahre waren und in den 60er Jahren geboren wurden. Nach dem Sieg Kim Young-sams als erstem frei gewählten Präsidenten verschwanden diese Studentenaktivisten größtenteils von der politischen Bühne. Als sie wieder auftauchten, waren sie eine recht genau identifizierbare Gruppe, die der koreanischen Gesellschaft vor allem im kulturellen Bereich eine neue Richtung gab: Die 386-Generation wurde zur Speerspitze der Informationsgesellschaft und beherrschte die Kulturszene. Von sich selbst sagen „386er“, sie seien „kraftvoll, dynamisch und schnell“ – wie die Mikropro-

zessoren, denen sie auch ihren Namen verdanken. Anfangs waren sie vor allem neben oder in der MDP zu finden. Kim Dae-jung hatte schnell reagiert und ihr jugendliches Image für seine Ziele eingesetzt. Aber auch die Konservativen stellten 386er. Ungefähr zwei Dutzend junge 386er-Kandidaten waren radikale Studentenfürher in den 80er Jahren, nicht wenige von ihnen standen noch in dem Ruch, allzu nahe an der nordkoreanischen Ideologie zu sein (*Newsweek*, 17.4.2000, S.61-62). In den politischen Parteien, wo die Führung die 386er gern als Repräsentanten eines neuen Korea annahm, konnten sie zwar prominente Positionen besetzen (fast 150 Kandidaten waren 386er), und sie stellen immerhin 41% der neuen Parlamentsabgeordneten, aber auch sie waren der Herrschaft der Bosse unterworfen. Der Generation fehlt die politische Erfahrung, Aktivitäten in der Studentenbewegung allein qualifizierten sie noch nicht für Positionen im komplexen Entscheidungssystem der jungen koreanischen Demokratie. Es steht zu befürchten, dass auch sie schnell in das traditionelle Machtgefüge eingesogen werden und ihre politische Innovationsfähigkeit verlieren (vgl. „‘386 Generation’ Politicians in the Spotlight“, in: *Munhwa Ilbo*, 14.2.2000, zit. in: *Korea Focus* 8, 2, March/April 2000, S.135-137).

4.6 Die Ergebnisse im Einzelnen

Die 16. Parlamentswahlen vom 13. April 2000 wurden zahlenmäßig wiederum zu einem Erfolg für die GNP, die Wahlkampfstrategie des Präsidenten zahlte sich nicht aus, und die MDP verfehlte deutlich ihr Ziel, stärkste Partei im Parlament zu werden. Die GNP konnte ihre Basis im südöstlichen Yongnam behaupten und unerwartet den Rückhalt in der Hauptstadt und in der umliegenden Region ausbauen. Aber auch die MDP konnte Erfolge verzeichnen: Sie ging einen weiteren Schritt in Richtung auf eine wirklich nationale Partei, indem sie Zugewinne in Seoul und Umgebung, in Chungchong-do und Kangwon-do erzielte. Wirklicher Verlierer der Wahl sind die ULD, die sogar in ihrer Hochburg Chungchong-do schwere Rückschläge erlitten und jetzt im Parlament nicht einmal Fraktionsstatus haben. Der Trend in Richtung auf ein Zwei-Parteien-System hat sich verstärkt, ohne wirklich schon ein politisches Gegenüber zweier großer politischer Zentren erbracht zu haben. An den Rändern der großen Parteien und in ihrer inneren Struktur bestehen kleinere Parteien, bzw. die großen Parteien könnten durch den ausgeprägten Faktionalismus – verschärft noch durch den Regionalismus – jederzeit zerfallen, zumal MDP und GNP Organisationen bilden, die auf ihre jeweiligen Bosse fixiert sind („Fresh Politics Based on Election Results“, in: *Korea Focus* 8, 2, March/April 2000, S.133-35).

Auch diese Wahlen waren wieder bestimmt von offenkundigem Regionalismus bei den Wahlentscheidungen, jedoch lassen sich deutliche Verschiebungen erkennen. Der Regionalismus war besonders auffällig in der Yongnam-Region, während in Chungchong dieser Einfluss erkennbar zurückgedrängt war. Es hat ein Generationswechsel statt gefunden: 41% der Abgeordneten gehören jetzt zur sog. 386-Generation (s.o.), sie konnten in vielen Wahlkreisen alteingesessene „Platzhirsche“ schlagen (ebd.).

Der Coup Kims, kurz vor den Wahlen sein Gipfeltreffen mit Nordkoreas Kim Jong-il bekannt zu geben, zahlte sich also nicht aus. Tief sitzende Ängste in der älteren Bevölkerung vor einer Bedrohung aus dem Norden hat viele dieser Wähler möglicherweise der GNP zugetrieben. Präsident Kim musste jedenfalls eingestehen, dass „die Wahlergebnisse von den regierenden und den oppositionellen Parteien (verlangen), einander zu respektieren und nach Politik in großem Maßstab auf der Basis von Dialog und Kooperation (zu streben)“ (*Korea Now*, 22.4.2000, S.12). Lee Hoi-chang von der GNP begrüßte die Äußerungen Kims und sagte seinerseits Kooperation zu. Präsident Kim kündigte weiter an, dass die kooperativen Beziehungen zum früheren Partner ULD fortgesetzt würden. Die Ergebnisse im Einzelnen:

Partei	Mandate 2000	Mandate 1996
GNP	133	122
MDP	115	98
ULD	17	50
DPP*	2	–
NKPH**	1	–

* Democratic People's Party

** New Korea Party of Hope: Beides neue Splitterparteien mit wenig Überlebenschancen.

Wieder einmal entschied regionales Abstimmungsverhalten die Wahlen, anders ausgedrückt: Antagonistischer Regionalismus prägte das Wahlergebnis zumindest für die zwei großen Parteien. Die GNP errang 64 von 65 Sitzen in den beiden Kyongsang-Provinzen (Süd-Kyongsang, Hauptstadt: Pusan/Ulsan; Nord-Kyongyang, Hauptstadt: Taegu), aber sie verlor Ulsan. Wie erwartet, konnte die GNP keinen Sitz in den zwei südwestlichen Cholla-Provinzen gewinnen. Hier fielen 25 von 29 Mandaten an die MDP, die ihrerseits keinen Sitz im Südosten erringen konnte. Die Wahlergebnisse zeigten aber auch gewisse Auflösungserscheinungen im politischen Regionalismus; bestes Beispiel ist das schlechte Abschneiden der ULD in ihrer ehemaligen Hochburg Nord- und Süd-Chungchong, wo die regierende MDP gut zulegen konnte.

Die Wahlen zeigten auch, dass die Wähler eine neue Generation von Politikern im Parlament sehen wollten. Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission verloren 86 bisherige Abgeordnete ihre Mandate, in den 227 Wahlkreisen wurden 106 „parlamentarische Neulinge“ gewählt, alteingesessene Politiker wurden in 121 Wahlkreisen wieder gewählt. Auch die Frauen schnitten besser ab als in vorangegangenen Wahlen: Fünf Kandidatinnen wurden in Einerwahlkreisen gewählt, 11 Frauen zogen über die Listen ins Parlament. Für koreanische Verhältnisse war das Ergebnis für weibliche Kandidaten recht gut, aber es spiegelt keineswegs das Zahlenverhältnis Frauen zu Männern auch nur annähernd wider: Immerhin mehr als die Hälfte der koreanischen Bevölkerung sind Frauen.

Von den 33,48 Mio. Wählern gingen nur 57,2% zu den Urnen, die niedrigste Wahlbeteiligung in der südkoreanischen Geschichte. Frustration und Gleichgültigkeit angesichts von Korruption und politischem Kleinkrieg zwischen den Parteien hielten offenbar viele Wähler davon ab, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Insgesamt 1.176 Kandidaten und Kandidatinnen stellten sich zur Wahl für die 273 Sitze (227 Einerwahlkreise, 46 über Listen) (*Korea Now*, 22.4.2000, S.13; *Korea Herald*/Internet, 14.4.2000).

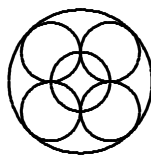
Patrick Köllner, Hrsg.

KOREA 2000

**POLITIK
WIRTSCHAFT
GESELLSCHAFT**

mit
Beiträgen
von

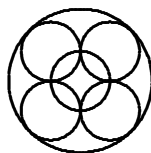
Tim Goydke
Huh Young
Kim Man-su
Patrick Köllner
Heinrich Kreft
Peter Mayer
Park Byeung-Kwan
Manfred Pohl
Oliver Schramm
Peter Tergeist
Roland Wein



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE
HAMBURG

ISSN 1432-0142
ISBN 3-88910-243-3
Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2000

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Textverarbeitung: Siegrid Woelk
Gesamtherstellung: Zeitgemäßer Druck CALLING P.O.D., Hamburg



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde eingegeben.

Anfragen zur Asien-Literatur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: (040) 42834 598 – Fax: (040) 42834 512 – E-Mail: duei-dok@uni-hamburg.de).